

Verwaltungsabkommen zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die polizeiliche Vorführung von Untersuchungs- und Strafgefangenen vor den Gerichten in Ulm und Neu-Ulm
Vom 29. April/17. Mai 1965 (Art. 1–5)

**Verwaltungsabkommen zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-
Württemberg über die polizeiliche Vorführung von Untersuchungs- und
Strafgefangenen vor den Gerichten in Ulm und Neu-Ulm[1]
Vom 29. April/17. Mai 1965[2]**

Vollzitat nach RedR: Verwaltungsabkommen über die polizeiliche Vorführung von Untersuchungs- und Strafgefangenen vor den Gerichten in Ulm und Neu-Ulm vom 29. April 1965 (GVBl. S. 108, BayRS 01-1-4-I)

Das Bayerische Staatsministerium des Innern

und

das Innenministerium Baden-Württemberg

schließen das folgende Verwaltungsabkommen:

[1] In der Bayerischen Rechtssammlung wurde gem. Art. 8 Abs. 3 BayRSG vom Abdruck abgesehen.

[2] Der Staatsvertrag wurde ratifiziert in:

Bayern: Bek. v. 14.6.1965 (GVBl. S. 108).